

ABDA 


APOTHEKEN KAPUTTSPAREN? **MIT UNS NICHT!**

NOTRUF DER FREIEN HEILBERUFE IN DEUTSCHLAND

Gabriele Regina Overwiening, Präsidentin der ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände e. V.

Pressekonferenz der KBV, KZBV und ABDA in Berlin, 19. Oktober 2023

Es gilt das gesprochene Wort.

Mehr als 185.000 Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und -therapeuten lösen pro Jahr mehr als 550 Millionen medizinische Behandlungsfälle. Rund 73.000 behandelnd tätige Zahnärztinnen und Zahnärzte versorgen im Schnitt jeweils 1.200 Einwohnerinnen und Einwohner. Es gibt ca. 40.000 vertragszahnärztlich zugelassene Praxen in der Bundesrepublik. Hinzukommen rund 17.800 Apotheken, in denen die Apothekenteams pro Tag mehr als 3 Millionen Menschen auch nachts und an Wochenenden sicher versorgen. Gemeinsam mit ihren Teams stemmen diese drei freien und unabhängigen Heilberufe die ambulante Versorgung. Arztpraxen, Zahnarztpraxen und Apotheken sind fester Bestandteil lokaler Infrastrukturen, sie sind Garant für den sozialen Frieden.

Vor knapp zwei Jahren ist die Ampel-Koalition mit dem Anspruch angetreten, diese ambulante Versorgung kontinuierlich zu verbessern. Jetzt – zur Hälfte der Legislaturperiode – müssen wir – die drei freien Heilberufe - leider feststellen, dass sich die Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung nicht am Versorgungsalltag orientiert. Somit wird es uns als Expertinnen und Experten immer schwieriger gemacht, eine flächendeckende, wohnortnahe Versorgung über Arztpraxen, Zahnarztpraxen und Apotheken sicherzustellen. Patientinnen und Patienten sind deshalb ebenso beunruhigt wie die drei Heilberufe und deren Teams in Praxis und Apotheke.

In den Apotheken wird die Liste der nicht lieferbaren Arzneimittel immer länger. Immer häufiger müssen die Apothekenteams aufwändige Recherchen betreiben, um überhaupt noch ein passendes Arzneimittel für ihre Patientinnen und Patienten zu finden. Die Apothekenteams suchen in diesem von Engpässen geprägten, kaputtgesparten System nach dem Willen der Politik und im Interesse der Menschen unermüdlich nach Versorgungslösungen. Vergütet wird dieser Mehraufwand mit einem Betrag, der einer Arbeitszeit von 24 Sekunden entspricht.

Doch nicht allein die Liefersituation bei den Arzneimitteln ist besorgniserregend – auch den Apotheken selbst geht es zunehmend schlechter. In den vergangenen zehn Jahren ist die Apothekenzahl um fast 20 Prozent zurückgegangen – im Europavergleich steht Deutschland bei der Apothekendichte auf einem der hintersten Ränge. Vielerorts müssen die Menschen längere Wege zur nächstgelegenen Apotheke zurücklegen. Der politisch geförderte Einstieg des Arzneimittel-Versandhandels und der an den Apothekenteams zehrende Fachkräftemangel sind zwei wichtige Gründe für diese Entwicklung. Bedeutender ist aber, dass sich für junge Apothekerinnen und Apotheker die Neugründung oder Übernahme einer Apotheke schlichtweg nicht mehr lohnt, weil die Honorierung auf dem Niveau von 2013 eingefroren ist. Trotz extremer

Kostensteigerungen in allen essenziellen Bereichen haben die vergangenen Bundesregierungen das Honorar der Apotheken nicht angepasst, die jetzige hat das Honorar sogar gekürzt.

Unsere 160.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen aufgrund dieses wirtschaftlichen Drucks mit Löhnen leben, die unter denen vieler anderer Berufsgruppen im Gesundheitswesen liegen. So ist zu verstehen, dass sich der pharmazeutische Nachwuchs nach dem Studium, oder nach der Ausbildung zur pharmazeutisch-technischen Assistentin, immer häufiger für eine Tätigkeit in der Pharmaindustrie, bei den Krankenkassen oder in den Kliniken entscheidet.

Als Antwort auf diese Misere startet der Bundesgesundheitsminister nun einen zerstörerischen Angriff auf die heutige Apothekenstruktur. Konkret will Herr Lauterbach Filialapotheken, die heute ganz normale vollversorgende Apotheken sind, ohne Apothekerin oder Apotheker zulassen. Diese Scheinapotheken sollen auch keine Arzneimittel mehr herstellen und Notdienste anbieten müssen. Der Minister folgt hier der Fehlannahme, dass sich dadurch mehr Filialapotheken gründen.

Lassen Sie mich kurz skizzieren, was Patientinnen und Patienten dann droht. Gerade in Landkreisen mit vielen Filialapotheken werden die Menschen nachts und am Wochenende vergeblich nach einer Apotheke suchen, die sie noch versorgt. Und wenn wieder ein Arzneimittel nicht lieferbar ist, werden die übrig gebliebenen, verstümmelten Scheinapotheken auch keine Arzneimittel mehr selbst herstellen können, weil es das dafür nötige Labor und die Rezeptureinrichtung nicht mehr gibt. Bitte verstehen Sie, was hier gerade passiert! Der SPD-Politiker Karl Lauterbach, der mehrfach versprochen hat, mit ihm werde es keine Leistungskürzungen geben, plant den systematischen Wegfall von Leistungen. Eine Partei, die Wahlkämpfe mit dem Versprechen bestritten hat, die Gerechtigkeit in der Gesundheitsversorgung zu schützen, will hier ein Zwei-Klassen-System etablieren.

Unser Notruf als freie Heilberufler richtet sich daher an die Mitglieder des Bundestages, insbesondere aber an den Bundeskanzler: Lassen Sie nicht zu, dass sich das Bundesgesundheitsministerium mit diesen Plänen durchsetzt. Die Arzneimittelversorgung durch die heilberuflich geführten Apotheken vor Ort hat sich insbesondere in den vergangenen Jahren als lösungsorientiert und widerstandsfähig gezeigt. Das gilt es zu stabilisieren. Noch haben wir in Deutschland ein flächendeckendes Netz an wohnortnahen Apotheken. Noch sichern wir den sozialen Frieden vor Ort gemeinsam mit den anderen Heilberufen. Wer eine funktionierende Arzneimittelversorgung haben will, muss bereit sein, in diese zu investieren. Die Aufgabe der Politik ist, das bestehende Apothekennetz zu stärken, anstatt es durch Strukturreformen auszuhöhlen.